

GRÜNE Antworten auf Ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl Bayern 2023

Verband Freier Berufe in Bayern e.V.

Kontakt:

Maßmann Julia

jmassmann@freieberufe-bayern.de

Wo wird veröffentlicht:

Zeitschrift: VFB Informationen

Webseite: www.freieberufe-bayern.de

Frage 1: Werden Sie die Stellung der Freien Berufe und das System der beruflichen Selbstverwaltung auf nationaler und europäischer Ebene stärken?

Unsere Antwort: Wir wollen am System der beruflichen Selbstverwaltung festhalten, insbesondere im Gesundheitsbereich werden wir am bewährten System der Selbstverwaltung nicht rütteln. Maßnahmen, die dazu auf Bundes- bzw. europäischer Ebene ergriffen werden müssen, können wir von Bayern aus nicht steuern. Allerdings haben sich die Ampelpartner im Bund in ihrem Koalitionsvertrag deutlich positioniert. In den Mitgliedstaaten haben sich insbesondere bei freien Berufen unterschiedliche Systeme von Leistungserbringung, Selbstverwaltung und Selbstkontrolle herausgebildet. Diese Unterschiede gilt es bei Rechtsakten der EU zu berücksichtigen.

Frage 2: Die 251.519 Selbstständigen der Freien Berufe versorgen die Bevölkerung sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. Bei den Freien Berufen ist ein Trend zum Angestelltenverhältnis zu beobachten. Werden Sie Maßnahmen zur Förderung der Selbstständigkeit ergreifen, um diesem Trend entgegenzusteuern?

Unsere Antwort: Wir wollen Gründergeist stärken. Dafür setzen wir auf lösungsorientierte Ansätze und Kreativität, auf ein Bildungssystem, in dem Neues ausprobiert werden darf,

ohne dass Leistungsdruck und Angst vor dem Scheitern dominiert. Durch eine Stärkung von freiwilligen Projekten wie Startup-Teens sollen junge Menschen mit Gründer*innen in Kontakt kommen. Außerdem soll Entrepreneurship an Hochschulen auch jenseits der Wirtschaftswissenschaften eine Rolle spielen und in interdisziplinären Gruppen in Praxisprojekten ausprobiert werden. Unternehmensnachfolger*innen sollen die Möglichkeit bekommen, analog zu Gründer*innen das Coachingprogramm des Freistaates zu nutzen. Einen Focus wollen wir auch auf die Förderung von weiblichen Unternehmensgründungen legen. Das ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit, Gründungen durch Frauen sind auch ein Gewinn für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Bayern und unverzichtbarer Beitrag zur qualitativen Wirtschaftsförderung.

Frage 3: Die Freien Berufe sichern mit ihren kleinteiligen Strukturen die Daseinsvorsorge vor Ort. Zunehmend werden jedoch freiberufliche Aufgaben der Daseinsvorsorge durch gewerbliche Anbieter übernommen. Werden Sie Maßnahmen ergreifen, dieser Entwicklung entgegenzutreten?

Unsere Antwort: Unser Ziel ist, allen Menschen in ganz Bayern Zugang zu wichtigen Infrastrukturen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu bieten. Wir wollen, dass dieser Anspruch unabhängig davon gilt, ob jemand auf dem Land oder inmitten einer Großstadt zuhause ist. Um das zu gewährleisten, wollen wir eine Daseinsvorsorge, die über die Erfüllung von materiellen Grundbedürfnissen hinausgeht und unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen gerecht wird. Dazu gehören für uns unter anderem ein guter Zugang zu weiterführenden Bildungsangeboten, ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr, eine gute Mobilfunk- und Internetverbindung, kulturelle Angebote oder etwa spezialisierte Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge. Wir unterstützen die Forderung der Freien Berufe „wirtschaftliche Interessen dürfen nicht vor Mandanten-, Patienten- oder Kundeninteressen stehen“. Entsprechende Regelungen müssen allerdings auf der Bundesebene getroffen werden.

Frage 4: Unterstützen Sie Maßnahmen zur Reduzierung der Zunahme von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in der Trägerschaft von Managementgesellschaften und privaten Klinikkonzernen, die sich ihrerseits im Eigentum von Finanzinvestoren, meist Private-Equity-Gesellschaften, befinden?

Unsere Antwort: Wir stehen für eine bedarfsgerechte patientenorientierte qualitativ hochwertige und flächendeckende Gesundheitsversorgung. Der Zugang zu guter Gesundheitsversorgung muss selbstverständlich sein und darf nicht zum Spielball privater Kapitalgruppen werden. Seit einiger Zeit beobachten wir, dass Akteure an Einfluss auf die (zahn)ärztliche Versorgung gewinnen, die eher wirtschaftliche Interessen verfolgen anstatt dem Wohl der Patient*innen dienen zu wollen. Dagegen wollen wir vorgehen und insbesondere mehr Transparenz und bessere Regulierung und Qualitätssicherung schaffen.

Mehr Transparenz über MVZ-Eigentümer ist dringlich, insb. bei der Frage, wer welche Gesundheitseinrichtung besitzt, und Rendite abschöpft. Dabei geht es uns GRÜNEN vor allem darum, Monopolbildung und eine zunehmend renditeorientierte Versorgung zu verhindern, die den Patient*innen nicht dient. Strengere Vorgaben für sogenannte Träger-

Krankenhäuser, die von den Finanzinvestoren als Türöffner bei MVZ-Gründungen benutzt werden, sehen wir als sinnvoll an.

Frage 5: Stehen Sie ein für die notwendige Trennung von Planen und Bauen und verhindern damit eine Verlagerung der Auftragsvergabe an Generalunter- und übernehmer?

Unsere Antwort: Die Freien Berufe im Planungssektor sind durch ihre spezifischen Qualifikationsanforderungen und durch ihre Berufsordnungen Garant für Qualität und Verbraucherschutz. Wir Grüne wollen die freien Berufe und ihre Selbstverwaltung stärken. Die Honorarordnung für Architekt*innen (HOAI) wollen wir in regelmäßigen Abständen überprüfen und an neue Anforderungen und die tatsächliche Kostenentwicklung anpassen. Wir stehen für einen Qualitätswettbewerb statt Preisdumping. Durch offene Wettbewerbe und Vergaben wollen wir die mittelständische Struktur stärken und Chancengerechtigkeit schaffen. Mit einem Landesvergabegesetz sorgen wir dafür, dass öffentliche Aufträge in möglichst kleinen Losen vergeben werden, also weniger an Totalunter- oder -übernehmer gehen. Dadurch können wir der Verdrängung von kleinen und mittleren regionalen Büros entgegenwirken. Zudem sprechen wir uns für einen inflationsbedingten jährlichen Anpassungssturnus der EU-Schwellenwerte aus.

Frage 6: Können Sie detaillierte Zusagen zu Bürokratieentlastungen für die Freien Berufe anhand von Beispielen geben?

Unsere Antwort: Wir digitalisieren die öffentliche Verwaltung und sorgen für weniger Bürokratie. Das entlastet alle Bürger*innen, Unternehmen und unsere Ämter und Behörden selbst. Smartes E-Government heißt, dass wir bestehende Prozesse vereinfachen und optimieren. Wir stellen einheitliche, barrierefreie und nutzerfreundliche Portale bereit. Mit offenen Schnittstellen machen wir die Datensätze staatlicher Stellen für alle nutzbar und ermöglichen so Innovation. Wir können uns auch auf Landesebene sogenannte Praxis-Checks für alle relevanten Politikbereiche vorstellen, wie sie das BMWK bereits bei PV-Anlagen durchgeführt hat. Die, weil themen- und ressortübergreifend, eine neue Herangehensweise beim Bürokratieabbau sind. Hierbei werden wir die Unternehmen und Verbände eng mit einbeziehen. Auf der Bundesebene werden wir ein Mittelstandsentslastungspaket schnüren, um die bestehenden Regeln zu entschlacken und insbesondere KMU und Gründungen zu entlasten und neuen Gründergeist zu entfachen.

Frage 7: Das Jahresdurchschnittseinkommen der 57.140 Soloselbstständigen der Freien Berufe im Kulturbereich liegt bei ca. 15.000 Euro. Der gesamten Kreativwirtschaft mangelt es an verbindlichen Honorarvereinbarungen bzw. anerkannten Mindesthonoraren. Unterstützen Sie diese Forderung?

Unsere Antwort: Laut der "Einkommensstudie Künstler*innen in Bayern", die im Auftrag der Grünen vom Büro für Kulturwirtschaftsforschung erstellt wurde, liegt das Medianeinkommen von freiberuflichen Künstlerinnen und Künstlern in Bayern bei 2.600 € - im Jahr. Die niedrigen Honorare führen zu prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen,

schlechter Altersvorsorge und einem Brain-Drain in der Kultur: Menschen suchen sich, trotz guter Ausbildung in der jeweiligen Profession, andere Berufe. Für uns Grüne ist dieser Zustand nicht haltbar. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach verbindlichen Mindesthonoraren auf Basis der Vorschläge von Berufsverbänden und Gewerkschaften. Wir sprechen uns für Arbeitsstipendien für bessere Einstiegschancen in die Branche aus. Wie sehen diese auch als Mittel, um Zeit zwischen Projekten zu überbrücken und Planungssicherheit in kreativen Berufsfeldern zu gewährleisten. Die Forderung nach gleicher Bezahlung für Frauen in allen kreativen Berufen ist für uns wesentlich.

Frage 8: Werden Sie dafür sorgen, dass Förderprogramme auch für die Freien Berufe geöffnet werden, z.B. im Bereich der Digitalisierung der Digitalbonus Bayern?

Unsere Antwort: Der Digitalbonus ist seit seiner Einführung 2016 ein wichtiges Instrument, um kleine Unternehmen bei der Digitalisierung zu unterstützen. Wir können uns vorstellen, den Digitalbonus auch auf Unternehmen jenseits der gewerblichen Wirtschaft auszudehnen. Allerdings stehen dem derzeit noch die begrenzten Haushaltsmittel wie auch die Vorgaben des Obersten Rechnungshofes entgegen.